



„Globale Demokratie“

1. Folgen der Globalisierung für die Demokratie

Die seit dem Zweiten Weltkrieg ständig gewachsene Zahl von internationalen Institutionen hat zu einem Bedeutungsverlust nationaler Grenzen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Transaktionen geführt, der wiederum eine Vermehrung und Vertiefung von internationalen Institutionen zur Folge hatte. Diese Entwicklung hat weit reichende Folgen für die Demokratie. Zwar sind die an internationalen Verhandlungen beteiligten Regierungen demokratischer Länder grundsätzlich durch ihre Wählerschaften legitimiert, die Verlagerung von Entscheidungen auf die internationale Ebene hat jedoch zur Folge, dass Legitimationsketten immer länger werden und die Transparenz von Entscheidungsprozessen abnimmt. Die an der internationalen Politik beteiligten Verhandlungspartner können weder innerhalb des eigenen politischen Systems zur vollen Verantwortung für die Verhandlungsergebnisse gezogen werden, weil diese auch von den Zielen und Entscheidungen externer Akteure abhängig sind, noch existiert bisher eine transnationale politische Gemeinschaft, die diese Entscheidungen insgesamt legitimieren könnte. Das bestehende System der Global Governance (siehe „Der Aktuelle Begriff“, Nr. 8/99) verwischt somit Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflichten und erschwert die politische Kontrolle der Entscheidungsträger. Es wird daher vielfach die These vertreten, dass mit der zunehmenden Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die internationale Ebene die Demokratie an Substanz verliert.

2. Chancen einer Demokratisierung der internationalen Beziehungen

Skeptische Demokratietheoretiker sehen in den geschilderten Entwicklungen eine grundlegende Gefahr und ein kaum lösbares Problem für die Demokratie. Sie halten zwar die demokratische Selbstbestimmung für die einzig tragfähige Legitimationsbasis der Politik, sehen jedoch auf absehbare Zeit eine demokratische Legitimität oberhalb des Nationalstaates als nicht realisierbar an. Vertreter von internationalen Demokratisierungskonzepten schlagen dagegen vor, die Chancen einer national entgrenzten Demokratie auszuloten. Da sich die Demokratie in neuerer Zeit zu einer nahezu universalen politischen Norm entwickelt habe, treten sie dafür ein, diese Norm auch auf die internationalen Institutionen anzuwenden. Je größer die Eingriffstiefe und die Auswirkungen der internationalen Institutionen auf die nationalen Gesellschaften werden, desto mehr gewinne die Forderung nach deren Demokratisierung an Berechtigung. Daher sei die Entwicklung von solchen Verfahren notwendig, die die Voraussetzung für demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats schaffen und zugleich identitätsbildend seien. Die am weitesten gehenden Vorschläge postulieren dabei die Notwendigkeit und Möglichkeit der Etablierung einer „kosmopolitischen Demokratie“. Danach könnte eine zunächst nur lose verbundene globale Konföderation im Laufe der Zeit enger zusammenwachsen und so einem multikulturellen, demokratischen Weltstaat näher kommen.

Die Realisierung einer solchen Vision ist jedoch in hohem Maße voraussetzungsvoll. Eine echte politische Union auf regionaler oder Weltebene würde dasselbe Bewusstsein einer gemeinsamen Zugehörigkeit erfordern, das auch den bestehenden politischen Gemeinschaften auf nationaler Ebene zugrunde liegt. Versuche zur Herstellung von demokratischer Legitimation auf internationaler werden daher von Vertretern der skeptischen

Position als unrealistisch eingestuft. Eine politische Gemeinschaft könne nur aufgrund von Gemeinsamkeiten entstehen, die jenseits des Nationalstaats nicht gegeben und auch nicht herstellbar seien. Gespalten durch Sprache, Rasse, Volkszugehörigkeit, Religion und Kultur erscheinen die verschiedenen Völker der Welt wenig geeignet, um als demokratische Öffentlichkeit im Einflussbereich eines weltweit gemeinsamen oder sich überlappenden Gefüges von politischen Institutionen zu fungieren. Befürworter des Konzeptes verweisen demgegenüber auf die Möglichkeit, dass sich eine transnationale politische Gemeinschaft in einem langen historischen Prozess entwickeln könnte. Sofern die Globalisierung die Völker der Welt miteinander in engeren Kontakt bringe und sie veranlasse, ihre wechselseitige Abhängigkeit anzuerkennen, könne dies zur Herausbildung einer globalen Öffentlichkeit beitragen. Neue Kommunikationstechnologien wie das Internet machten es möglich, eine Zivilgesellschaft auf globaler Ebene aufzubauen und damit die Demokratie in den internationalen Beziehungen voranzutreiben.

3. Vorschläge zur institutionellen Reform von Global Governance

Anders als das Konzept der „kosmopolitischen Demokratie“ ist die Mehrzahl der Reformvorschläge zur Demokratisierung von Global Governance von einem Geist pragmatischen Experimentierens geprägt. Als angemessene politische Antwort auf die Globalisierung gilt dabei eine Mischung demokratischer Komponenten. Weit verbreitet ist die Vorstellung, dass sich ein ideales Modell von Global Governance nicht auf die Vermehrung internationaler Institutionen und die Verbreitung der Prinzipien des Multilateralismus beschränken, sondern sich auch auf ein verstärktes Zusammenwirken von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren von der lokalen bis zur globalen Ebene stützen sollte. Da NGOs ein Nebenprodukt und eine Antriebskraft für das Anwachsen der transnationalen Beziehungen darstellten, sei es sinnvoll, ihnen verstärkt Zugang zu internationalen Entscheidungsnetzwerken zu gewähren. Aufgrund ihrer Orientierung an allgemein anerkannten Normen und Werten und ihrer Anbindung an gesellschaftliche Bewegungen seien sie in der Lage, durch die Offenlegung von Missständen und die Mobilisierung der öffentlichen Meinung maßgeblich zur einer Demokratisierung von transstaatlichen Räumen und Global Governance beizutragen. Dieser Argumentation wird jedoch entgegen gehalten, dass den NGOs die demokratische Legitimation für eine Kontrolle internationaler Entscheidungsgremien fehle. Als Alternative oder auch als Ergänzung zur Stärkung der Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure wird daher diskutiert, den intergouvernementalen Gremien eine parlamentarische Vertretung auf internationaler Ebene an die Seite zu stellen und damit ein repräsentatives Organ für die Weltbürgerschaft zu schaffen. Dieses Organ, das auf der Ebene der Vereinten Nationen (VN) anzusiedeln wäre, soll auch die demokratiethoretisch problematische formale Gleichheit der Staaten in der Generalversammlung der VN ausgleichen. Einige der entsprechenden Vorschläge beinhalten eine United Nations People's Assembly (UNPA), die sich auf Prinzipien der repräsentativen Demokratie gründen und als parallele Körperschaft neben der Generalversammlung fungieren würde. Den meisten Konzepten zufolge würde die UNPA die demographischen Realitäten der verschiedenen Länder widerspiegeln. Kritiker wenden allerdings ein, dass auch für die Realisierung dieses Modells grundlegende Voraussetzungen wie etwa eine echte gewaltenteilige Struktur der internationalen Politik fehlten.

Quellen:

Archibugi, Daniele/Held, David (Hrsg.) 1995: *Cosmopolitan Democracy. An Agenda for a New World Order*, Cambridge/Oxford.

Greven, Michael Th./Pauly, Louis W. (Hrsg.) 2000: *Democracy beyond the State? The European Dilemma and the Emerging Global Order*, Lanham/Boulder/New York/Oxford.

Patomäki, Heikki/Teivainen, Teivo 2004: *A Possible World. Democratic Transformation of Global Institutions*, London/New York.

Schwerdt, Kai 2003: *Demokratie und Globalisierung. Zur Zukunft der territorial verfassten Demokratie in einer globalisierten Welt*, Marburg.

Zürn, Michael 2003: *Global Governance in der Legitimationskrise?*, in: Claus Offe (Hrsg.), *Demokratisierung der Demokratie*, Frankfurt a. M./New York, S. 232-256.

Verfasser: ORR Prof. Dr. Thomas v. Winter, Fachbereich II - Auswärtiges, Internationales Recht, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe